

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsamt: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 10 844
Kurs für die Redaktion: Nr. 20011
Schreibleitung u. Druckerei: Postfach
Dresden - K. L. Marienstraße 83/84

Bezugspreis bei wöchentlichem Bestellen monatlich 3.00 Mk., einschließlich 70 Pfg. für Porto-
gebühren, durch Postweg 3.20 Mk., einschließlich 36 Pfg. Postgebühren (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal
wöchentlichem Bestellen. Einzelnummer 10 Pfg., außer bei Sonderausgaben 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die
einzelne Zeile 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für außerorts 40 Pfg., die 10 mm breite Zeile 200 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg., abg. Anzeigenblätter, Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offenergebnis 30 Pfg. Ausdrückliche Aufnahme gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Neufch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unberichtigte
Schnittdrucke werden nicht aufbewahrt

Hindenburgs Entscheidung am Mittwoch

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Nov. Der Montag fand, was die Versuche zur Behebung der Regierungskrise angeht, im wesentlichen im Zeichen der vom Reichswehrminister v. Schleicher unternommenen Sondierungen. Der Wehrminister erweiterte dabei nicht nur die Frage des sogenannten politischen Waffenstillstandes, sondern auch die persönliche Zusammenlegung eines gegebenenfalls unter seiner Leitung stehenden Präsidialkabinetts. Auch für den Dienstag hat Herr v. Schleicher weitere Erörterungen dieser Art in Aussicht genommen.

Nach ihrem Ablauf dürfte dann die innerpolitische Lage so weit geklärt sein, daß der Reichspräsident v. Hindenburg seine Entscheidung treffen kann, womit man in politischen Kreisen für den Mittwoch vormittag rechnet.

Von den Besprechungen, die der Reichswehrminister im Laufe des Dienstags führte, sind besonders die mit den Gewerkschaften christlicher und sozialdemokratischer Richtung, sowie die mit dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Dr. Breitscheid hervorzuheben.

Als Vertreter der christlichen Gewerkschaften wurde deren Führer Otte, für die sozialdemokratischen Gewerkschaften Leipart und Eggert empfangen.

In einer Mitteilung der sozialdemokratischen Gewerkschaften über diese Besprechung wird angegeben, daß die vorrangigsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert wurden. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aufhebung der Lohnpolitischen Bestimmungen vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Erleichterung eingesetzt.

Hinwende Anfragen auf diese Forderungen konnte der Reichswehrminister angesichts der Tatsache, daß er lediglich einen Sondierungsauftrag des Reichspräsidenten ausführte, natürlich nicht geben.

Die Besprechung, die Herr v. Schleicher dann mit dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Dr. Breitscheid hatte und die, wie von unsföherer Seite angegeben wird, anderthalb Stunden gedauert haben soll, dürfte den Wehrminister davon überzeugt haben, daß die ausschließliche Agitationsbedürfnisse lebende SPD für die Tolerierung eines immer gearteten Präsidialkabinetts nicht zu gewinnen ist. Das würde, da man auch die SPD ohne weiteres zu den Gegnern des neuen Präsidialkabinetts rechnen kann, bedeuten, daß schon die beiden Linksparteien über 220 Stimmen gegen die Tolerierung des neuen Kabinetts stellen. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, folgte am Montagmorgen einer Einladung des Reichswehrministers v. Schleicher zu einer politischen Aussprache.“

Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine Wendung in der Haltung der sozialdemokratischen Partei nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten ist.“

Am Dienstag wird Herr v. Schleicher die Klärung der Frage unternehmen, wie sich die NSDAP zur Frage der Tolerierung des kommenden Kabinetts stellt. In diesem Zweck wird der Reichswehrminister eine Aussprache mit den nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Straßer und Dr. Frick haben. Auch ihnen wird Herr v. Schleicher die Frage vorlegen, ob man ein Präsidialkabinetts zu tolerieren geneigt ist, wie man sich zu der Vertagung des Reichstags stellt und drittens, ob man bereit ist, für den Fall kommunistischer Generalstreikversuche die Weenparole auszugeben. Die letzte Frage von dem Abgeordneten Dr. Breitscheid beantwortet worden ist, entlehnt sich zunächst noch der Kenntnis, doch heißt es, daß Dr. Breitscheid auf den Berliner Verkehrsstreit hingewiesen haben soll, bei dem die Gewerkschaften bekanntlich die von Seiten der SPD und NSDAP kommende Parole ablehnten.

Welchen Ausgang die Erörterungen mit den nationalsozialistischen Vertretern nehmen werden, steht im Augenblick noch dahin.

Man hält es für möglich, daß die NSDAP gewisse Forderungen aufstellen wird. Man glaubt, daß eine Verständigung zwischen v. Schleicher und der NSDAP nicht ausgeschlossen ist, wenn von vornherein klar gestellt wird, daß das Kabinetts nur ein Uebergangskabinetts für ganz kurze Zeit ist.

Was die Beurteilung der Mission Schleichers angeht, so finden sich bereits heute in den der Regierung Papen nahestehenden Kreisen Stimmen, die der Meinung Ausdruck geben, daß auch der Reichswehrminister das Ergebnis seiner Bemühungen dem Reichspräsidenten gegenüber als negativ bezeichnen werde. Man rechnet damit, daß nach der entsprechenden Erklärung des Herrn v. Schleicher für den Reichspräsidenten die Lage hinreichend geklärt sein werde, um die Wiederernennung des jetzt geschäftsführenden Kanzlers v. Papen zum Leiter des neuen Präsidialkabinetts zu vollziehen. Mit dieser Ernennung würde, so hört man weiter, der Reichspräsident die zeitweilige Außerkräftsetzung des Artikels 24 der Reichsverfassung anordnen. Der Artikel 24 sieht bekanntlich vor, daß der Reichstag in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung zusammentritt und daß sein Präsident ihn früher einberufen müsse, wenn es der Reichspräsident oder ein Drittel der Abgeordneten verlangen. Der gleiche Artikel enthält auch die Bestimmung, daß der Reichstag den Schluß der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts festsetzt. Wenn man sich für eine solche Lösung entscheidet, so ist offenbar der Grund maßgebend, die Auflösung des neuernannten Reichstags zu vermeiden und dem neuen Kabinetts

unabänderliche Zusammenhänge mit dem Parlament

zu erparten. Immerhin würde eine solche zeitweilige Außerkräftsetzung dieses Verfassungsartikels ein Akt sein, der über die Grenzen der Verfassungsbereits hinausführt. Ueber die personelle Zusammensetzung eines neuen Kabinetts von Papen liegen zur Zeit Anhaltspunkte, abgesehen davon, daß der Wehrminister und der Außenminister auf ihren Posten verbleiben dürften, noch nicht vor.

Das Winterkabinetts

Die Verzögerung der Krisenlösung hat neben manchen schlechten auch eine gute Seite insofern, als die schwierige Entscheidung über Führung und Zusammensetzung des neuen Präsidialkabinetts nicht aus der ersten Verklammerung über das Scheitern der Verhandlungen mit Hitler getroffen wird, sondern erst nach reiflicher Ueberlegung des Für und Wider einer jeden Form der sich nun andrängenden Koalition. Was sich die Verantwortlichen, also der Reichspräsident und seine nächsten Ratgeber, darunter vorstellen, ist allgemein bekannt. Weniger klar sind die Wünsche, die während der gegenwärtigen Verhandlungen mit den Parteien von den parlamentarischen Gruppen zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten an sie herangetragen werden.

Auf der Linken, einschließlich des marxistischen Blocks, herrscht noch eitel Freude über die vorläufige Anwendung der „Hitlergefahr“; darunter mißt sich aber auch schon Angst vor dem Kommenden. Soll Deutschland, heißt es in einem großen Volksblatt, nachdem es an der Seite Hitler vorübergeleitet ist, der Gefahr eines Konfliktkabinetts überliefert werden? Wobei natürlich unter der Gefahr Herr von Papen zu verstehen ist, der diesen Kreisen Hitler gegenüber zwar als das „kleinere Uebel“ erscheint, trotzdem aber wegen seiner Pläne zur Verfassungsreform als „untragbar“ gilt. Davon soll im neuen Kabinetts möglichst wenig die Rede sein, damit für die Linke nicht die Möglichkeit verbaut wird, sich über die nationale Uneinigkeit doch noch zu guter Letzt in den Sattel zu schwingen. Was man bis in die Reihen des Zentrums hinein will, das ist „ein neuer, unverbrauchter, nicht von heiligen Antipathien und Argwohn umhobter Reichskanzler, ein ernsthafter, geschickter und ein wenig in Volkspädagogie bewandelter Mann“, der im Reichstage vielleicht sogar eine neutral zulauchende Duldungsmehrheit zustande brächte, wenn er mit einem klugen Programm vor die Parteien träte. Wo eine solche Duldungsmehrheit gegen den bereits über eine knappe Mehrheit verfügenden nationalsozialistisch-kommunistischen Sperrblock herkommen soll, wird nicht verraten. Immerhin, diese negative Mehrheit von nur drei Stimmen könnte sich in der Praxis als unwirksam erweisen, und auf diese Hoffnung gründet sich offenbar die Spekulation, daß ein Präsidialkabinetts, dessen Schwergewicht durch Herabnahme des einen oder anderen Zentrumsmannes mehr nach der Mitte verschoben wäre, die Tolerierung der Sozialdemokratie und die Selbstauflösung des Reichstags auf längere Zeit erreichen würde. Der Sozialdemokratie, deren Wählergewinn sich trotz aller radikalen Gebärden unaufhaltbar fortsetzt, wäre eine solche Schwankung vielleicht zuzutrauen, auf der anderen Seite würden aber die deutschnationalen Wahrscheinlich wenig Wert auf ihre Mitgliedschaft in einer solchen Duldungsmehrheit legen, in der der Marxismus, ähnlich wie in der Kera Brünung, wieder zu Einfluss käme. So verfehlt die ganze Konstruktion ist, so sicher werden doch dahingehende Anregungen den mit der Sondierung der Parteien beauftragten des Reichspräsidenten aus der Mitte nahegelegt werden.

Auf der anderen Seite setzt sich eigentlich nur noch die „Kreuzzeitung“ als Organ des Stahlhelms unbedingte für die Rückkehr Papens ein mit der Begründung, daß seine Wiederernennung ein Gebot sei, das sich allein aus dem Prinzip der autoritären Staatsführung ergebe. Von einem Standpunkt aus, der die Parteien überhaupt nicht mehr als Ausdruck des Volkswillens gelten läßt und sie in dieser Eigenschaft durch die Hände erriet wissen will, werden hier alle Angriffe gegen die Person Papens als ein Verlust der Parteien gewertet, auf dem Schleichwege aber seinen endgültigen Sturz doch wieder in die Macht zu gelangen. Im Gegensatz dazu hält sich die von Duenberga beeinflusste deutschnationale Presse von einer solchen Festlegung auf Personen fern und stellt, offenbar in Auswirkung der Unterhaltung zwischen dem deutschnationalen und dem nationalsozialistischen Führer, als letztes Ziel aller gegenwärtigen Irrungen und Wirrungen die Rückkehr zum Darzburger Gedanken in den Vordergrund. Wenn nicht trotz allem diese nationale Einigung am Ziel unseres Weges stünde, „dann hätte die deutsche Geschichte ihren Sinn verloren“. Die wirtschaftlich eingestimmte Reichspresse macht dagegen aus ihren Reden gegen die Wiederbetraung Papens kein Hehl, nicht wegen seiner Person und auch weniger wegen der von ihm verlorlenen Politik, als aus der Beforgnis, daß die Herausforderung, als die seine Wiederkehr in weitesten Volkskreisen empfunden würde, die offengebliebenen Möglichkeiten der Ueberleitung in eine selbstgegründete Regierung aller nationalen Kräfte verschütten könnte.

Alle Erwägungen, die um das „Winterkabinetts“ angeht werden, leiden an einer gewissen Kurzsichtigkeit, wenn sie nur an die nächsten Tage und Wochen und nicht darüber hinaus denken. Zunächst hört man, gelte es, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf den von Papen eingeschlagenen Bahnen weiterzuführen und für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen, im Frühjahr könne man dann weitersehen. Das ist leicht gesagt, und trotzdem ist der Mann nicht zu beneiden, der sich für diese Aufgabe unter den gegenwärtigen Umständen zur Verfügung stellt. Er

Schleichers Aussprache mit Prälat Kaas

Berlin, 28. Nov. Der Reichswehrminister von Schleicher hatte am Montag auch eine Unterredung mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Prälaten Kaas. Die Unterredung dauerte über zwei Stunden. Ergebnis und Inhalt wurden für streng vertraulich erklärt. Wie jedoch aus Zentrumskreisen verlautet, hat der General von Schleicher in der Unterredung über Art und Umfang des ihm vom Reichspräsidenten zuteil gewordenen Auftrags berichtet. In der Unterredung wurde hierauf die Stellungnahme des Zentrums zu diesem Auftrag erörtert. Wie es heißt, ist der Gesamteindruck beim Zentrum günstig, und es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß auf der Grundlage dieses Auftrages eine Verständigung zu erreichen sei. Als Begründung hierfür wird angeführt, daß die gesamte Lage neuerdings auch bei der Linken nüchterner als bisher beurteilt werde. Auch sei den Gewerkschaften ein hartes Entgegenkommen hinsichtlich der sozialpolitischen und lohnpolitischen Anordnungen, zum Teil sogar auch ihre Aufnahme angelehnt worden. Jedoch rechnet man in Zentrumskreisen damit, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen werden, eventuell bis zum Zusammentritt des Reichstages, das heißt, bis zum 6. Dezember General von Schleicher beabsichtige jedenfalls, nichts zu überlassen und die Verhandlungen in Ruhe zu führen.

Neue Fällungnahme in Preußen

Berlin, 28. Nov. Nach längerer Pause sind die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen wegen der Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten wieder aufgenommen worden. Die ersten einleitenden Besprechungen wurden zunächst zwischen den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Kube und Herzl und den Zentrumsabgeordneten Vauscher und Graß in loser Form geführt. Heute fand eine Besprechung zwischen dem Abgeordneten Vauscher und Reichstagspräsident Göring statt. Irgegendwelche positiven Ergebnisse dieser erneuten Verhandlungsmöglichkeit dürften erst zu erwarten sein, wenn die Lage im Reich Klärung gefunden hat.

Der Hanlabund appelliert an Hindenburg

Hamburg, 28. Nov. Das Präsidium des Hanlabundes für Gewerbe, Handel und Industrie hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem der Hanlabund die dringende Bitte ausdrückt, die deutsche Wirtschaft durch Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms von Münster frei von allen handelspolitischen Bindungen zu sichern. Das deutsche Schicksal sei davon abhängig, daß durch die Freimachung der produktiven Kräfte der Privatwirtschaft die sozialen und staatspolitischen Notstände schnell überwunden werden.

Die „Karlruhe“ in Bigo. Kreuzer „Karlruhe“ ist am Montag in Bigo (Nordspanien) eingelaufen und wird am 3. Dezember nach Kiel in See gehen.